

Schön reden: "Schrumpfung" im Medium der Kommunikation

Weiske, Christine

Postprint / Postprint

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weiske, C. (2005). Schön reden: "Schrumpfung" im Medium der Kommunikation. In C. Weiske, S. Kabisch, & C. Hannemann (Hrsg.), *Kommunikative Steuerung des Stadumbaus: Interessengegensätze, Koalitionen und Entscheidungsstrukturen in schrumpfenden Städten* (S. 59-75). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80943-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:

<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see:

<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Schön reden. „Schrumpfung“ im Medium der Kommunikation

Christine Weiske

Die räumlichen Disparitäten innerhalb und zwischen den schrumpfenden Städten nehmen zu und die Muster der Schrumpfung scheinen nicht regelmäßig und nicht ausreichend regulierbar durch etablierte Akteure. Die These, der hier nachgegangen werden soll, lautet: Über die Allokationen im Kontext schrumpfender Städte, über Abriss und Aufwertung, entscheiden lokale Verhandlungssysteme. Sie ergänzen und erweitern mit ihren Verhandlungen und hybriden Strukturen die Institutionen der kommunalen Politik. Die personellen Besetzungen und Regeln solcher Policy-Netzwerke sollen in diesem Beitrag diskutiert werden. Die Ziele der lokalen Verhandlungssysteme sind derzeit vorrangig auf den akuten Interessenausgleich gerichtet. Ihre räumlichen Wirkungen stellen sich eher als die Nebenfolgen von Interessenausgleichen dar, als dass sie strategisch an normativen Leitbildern schrumpfender Städte orientiert wären. Die Frage ist, ob die lokalen Verhandlungssysteme über Potenziale verfügen, auch die Kommunikation über Leitbilder zu organisieren?

1. Die Ausgangssituation: Wie ist Schrumpfung zu regulieren?

Die Diagnose der Ausgangslage ist inzwischen relativ einhellig bei den Beobachtern, die in unterschiedlichen Kontexten positioniert sind: in der räumlichen Planung, der Wohnungswirtschaft, in den Regierungen, der Bürgerschaft und der Wissenschaft:

Die Zahl der Einwohner, die Zahl der Arbeitsplätze und mit ihnen die Städte in ihrem Bestand und ihren urbanen Funktionen insgesamt minimieren sich anhaltend. Brachen, Leerstände und ineffiziente Nutzungen von Siedlungsanlagen und Infrastrukturen folgen daraus. Die irritierenden Befunde werden wahrgenommen und interpretiert als die Dynamiken von Schrumpfung.

Schrumpfungprozesse beeinträchtigen die Lebensverhältnisse der Bewohnerinnen und Bewohner und setzen weit reichende Abwertungen und Entwertungen von Gütern verschiedenster Art in Gang. Allerdings gilt dabei auch: Aufwertungen und Abwertungen existieren symbiotisch. Die Beeinträchtigungen sind

ungleich verteilt. Es steht zur Frage, welche Gruppen von Menschen in welchem Maße und an welchen Orten von den Abwertungen oder auch den Aufwertungen ihrer Lebensbedingungen betroffen sind. Es gibt keine sicheren Vorstellungen darüber, welche Güter in welchem Umfang einbezogen sind.

Im Vergleich zum Beginn des Jahrzehnts¹ ist das Thema Schrumpfung inzwischen etabliert in der öffentlichen Diskussion und die Bearbeitung der Probleme des Schrumpfens findet statt in der Politik, der Wissenschaft, der Publizistik und der Kunst. Diese Arenen öffentlicher Diskussionen berühren sich, die Akteure treffen sich in neuen Konstellationen. Seine Dimensionen sind längst nicht mehr auf Ostdeutschland beschränkt, sondern werden auf die altindustriellen Regionen Europas und der modernen Industrieländer überhaupt bezogen².

Maßgeblich haben zur Etablierung des Themas in der Öffentlichkeit von Wissenschaft und Politik die Arbeit und der Bericht der so genannten Leerstandskommission, der Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern“ vom November 2000 beigetragen. Sie arbeitete im Auftrage des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Ihre Mitglieder waren u.a. Vertreter von Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften, der Kommunalbehörden, des Mieterbundes sowie Stadtplaner, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte und Wirtschaftswissenschaftler. Schrumpfung wird verbreitet als eine Sequenz von Stadtentwicklung aufgefasst, die der Phase des Wachstums folgt, sich mit ihr verknüpft. Auch diese Phase der Stadt- und Regionalentwicklung sollte – normativ gesprochen – gestaltet werden. Ein „Management der Schrumpfung“ liegt im öffentlichen Interesse und wird als eine „Aufgabe der Städte und Gemeinden“ angesehen. Die „realistische und ganzheitliche Neubewertung“ der Standorte und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten kann wichtige Grundlagen für ein solches Management bieten (Bundesministerium 2000).

In der soziologischen Raumforschung spielen Wertungen und Neubewertungen im Kontext von Standort- und Segregationstheorien eine konstitutive Rolle. Die Entscheidungen der Mobilen auf der Wohnungssuche in den Phasen ihrer Abwägungen von verschiedenen Wohn- und Lebensorten (in der Referenz zu Unternehmens- und Infrastrukturstandorten) werden in der Soziologie des Wohnens und der Wohnungsmarktbeobachtung zum Gegenstand der Beobachtung

-
- 1 Inzwischen ist eine förderliche kommunikative Dichte für die Erforschung und Gestaltung der Prozesse der Schrumpfung erreicht, die sich durchaus unterscheidet von der Situation in den ausgehenden 90er Jahren. Noch vor vier Jahren ging es um die Etablierung dieses Themas und um die angemessenen Terminologien und ihre Verallgemeinerung (vgl. dazu Weiske und Schmitt (2000) und Hannemann (2000)).
 - 2 Ich denke an das Projekt *Shrinking Cities*, das sich als ein Initiativprojekt (2002-2005) der Kulturstiftung des Bundes unter der Leitung von Philipp Oswalt (Berlin) in Kooperation mit der Galerie für Zeitgenössische Kunst Leipzig, der Stiftung Bauhaus Dessau und der Zeitschrift *Archplus* darstellt zum Beispiel auf <http://www.shrinkingcities.com>; 18.9.2004.

und zum Anlass der Theoriebildungen über den Sozialen Raum. Die Daten zur sozialen Segregation in den Städten (und der Siedlungen insgesamt) und zwischen den Städten protokollieren die Ergebnisse der Wohnstandortentscheidungen der Einwohnerinnen und Einwohner. Soziale Ungleichheiten manifestieren sich in einer räumlichen Ordnung, die wie ein „soziales Apriori“ für „Neuankömmlinge“ wirkt (Heller 1995: 55). Sie stellt für die nachfolgenden Standortentscheidungen weiterer mobiler Akteure ihre reflexiven, strukturellen Bedingungen und es entsteht eine fortgesetzte Praxis der Herstellung von unterschiedlichen, segregierten sozialen Räumen.³ Sie tragen als Images eigene kulturelle Markierungen, die sowohl Integrationsangebote unterbreiten als auch Ausschlusskriterien formulieren. Die Medien der Kommunikation dieser Botschaften sind einerseits der Wohnungsmarkt mit seinen Anbietern und Preisen und andererseits die symbolischen Repräsentationen des Ortes mit seinen Bewohnern und ihren Lebensstilen. Angebote und Abweisungen richten sich an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Kommunikation, die über ihre Wohnstandortentscheidung zu Mitbewohnern werden können. Auch die bereits einmal Entschiedenen, die sesshaften Anwohner, überprüfen ihre Entscheidung von Zeit zu Zeit (und aus gegebenen Anlässen wie z.B. die Veränderung der Qualität des Wohnumfeldes, des Images des Stadtteils, des Haushaltsbudgets oder der Mitglieder des Haushaltes ...) und treffen sie neuerlich. Das macht die Dynamik von Bleiben oder Gehen aus.

Stadterneuerungen und Stadtteilentwicklung, die unter Wachstumsbedingungen gewöhnlich mit Sanierungen und Erweiterungen einhergehen, sind bzw. waren bislang mit Prozessen der Aufwertung verbunden. Investitionen vor allem in das physische Substrat der baulichen Anlagen führten zu einer Verbesserung ihrer Gebrauchseigenschaften und zur ästhetischen Formulierung eines symbolischen Wertes. Diese Formulierungen enthalten eine Adresse und sind für konkrete potenzielle Nutzer bestimmt. Der Wohnungsmarkt bildet diese Kommunikation in seiner Struktur der Angebote und Preise (Preissegmente) ab. Symbolische und ökonomische Aufwertungen treiben sich gegenseitig voran. Die Attraktivität der erneuerten Stadtteile und Siedlungen zog über kurz oder lang sukzessive die Interessenten für die Integrationsangebote an, die eine Wohnstandortentscheidung für den erneuerten Stadtteil trafen. Nachbarschaften als hinlänglich homogene Milieus konstituierten sich. Angebote und Nachfragen kamen zu einem saturierten Ausgleich, die Fluktuationen in und aus dem Stadtteil flauten ab. Die ökonomischen und kulturellen Investitionen verwerteten sich für deren Investoren. Geschützt im Rahmen eines sozialpolitischen Interessenausgleichs war in

3 Vgl. dazu die präzise und orientierende Darstellung von Annett Steinführer, besonders der Abschnitt zu Wohnstandortentscheidungen als Thema der Stadtforschung (Steinführer 2004: 17-40).

einem rechtlichen Rahmen das Bleiberecht der Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils, die die Aufwertungen nicht umstandslos mittragen konnten, für die Kosten zu hoch wären und die durch Aufwertung und Gentrifizierung verdrängt werden würden (Tietzsch: 1996).

Für schrumpfende Städte und Siedlungen muss ein anderer Plot geschrieben werden. Der Zusammenhang von Investitionen, Aufwertungen und Verwertungen ist nicht mehr schlüssig vermittelt. Die Überangebote an nutzbaren Räumen, die Leerstände und ausbleibenden Nutzungen provozieren den Verfall von Werten, die sich in den Bauten, den Anlagen und den vorgehaltenen Leistungen manifestieren. Was die Erfahrungen und die Modelle der Verläufe von residenzieller Segregation jedoch auch unter diesen Bedingungen zeigen können, ist die Einbettung aller Bewertungen, die die entscheidenden Akteure treffen, in die Kontexte ihrer ökonomischen Bedingungen und ihrer ästhetischen Orientierungen. Symbolische und ökonomische Wertungen treiben sich gegenseitig voran. Das gilt auch für Abwertungen. Unter den Bedingungen des Überangebotes von Raum und Räumen gibt es in modifizierter Weise dennoch eine „Konkurrenz um knappe und attraktive Standorte“ (Dangschat 1994: 445). Sie wird als eine Konkurrenz zwischen den Standorten ausgetragen, die eine kulturelle Knappheit produziert wie ein Branding. Unter den überflüssig vielen Standorten müssen die „richtigen“ und somit „attraktiven“ herausgefunden werden. Welches die richtigen sein werden, lässt sich viel weniger über die etablierten Medien des Wohnungsmarktes und der Kommunikation ästhetischer Symbole entscheiden, als bisher unter den Bedingungen der physischen Knappheit. Eine andere Erfahrung von Knappheit spielt eine Rolle bei den Entscheidungen. Knapp sind nicht die m^2 der Nutzflächen, knapp sind die wünschenswerten Mitmenschen und damit sind nicht nur die unmittelbaren Nachbarn gemeint. Die lokalen Gesellschaften insgesamt mit ihren mentalen Verfassungen werden in die Wahl einbezogen.⁴ Das Überangebot des Marktes steigert die Optionen aller Entscheider, steigert deren Freiheiten und Risiken und treibt die Dynamiken der Auf- und Abwertungen an. Über die Wahl und die Abwahl von Standorten des Lebens verändert sich die Stadt „von unten“ quasi evolutionär. Die bislang bewährten top-down-Strategien erfassen diese Dynamiken des Schrumpfens nicht ausreichend. Für eine Regulierung geht es:

4 Die Interviews mit Raumpionieren in Leipzig geben ein Bild von deren Strategien der Wahl. Es geht ihnen um die vielfältigen Möglichkeiten der Raumnutzungen für ihr Erwerbs- und Privatleben, es geht um die urbane Dichte an Gelegenheiten des städtischen Lebens, um Partizipation, um eigene Projekte, große Freiheiten. Die Interviewpartnerinnen und -partner sprechen von ihrem schönen Lebensgefühl in einer spannenden Stadt, von neuen Wohnformen, von Miet- und Kaufpreisen, von scheiternden Unternehmungen, von kurzen Wegen zur Arbeit, von ihren Familien, Freunden und von Leuten aus allen möglichen Ländern. (Volz et al. 2004: 49-64). Kurz und gut: sie schildern die Lebenspraktiken als Kontingenzen.

- um die Begrenzung der symbolischen und ökonomischen Abwertungen urbaner Qualitäten in Städten und Siedlungen,
- um die Aufrechterhaltung urbaner Lebensverhältnisse an Konzentrationspunkten (in Zentren),
- um räumliche Kontraktionen und um die Sammlung der Bewohner.

Diese Ziele der Regulierung entstehen für alle relevanten Akteure, die ihre Optionen wahrnehmen wollen und die Entscheidungen zu treffen haben. Die gegenseitigen Abhängigkeiten nehmen zu, so dass gemeinsame Entscheidungen nahe liegen. Die Arrangements, in deren Rahmen sie generiert werden, sollen als lokale Verhandlungssysteme beschrieben werden.

2. Lokale Verhandlungssysteme entscheiden über Allokationen

Regressive Entwicklungen sind in demokratisch verfassten Gesellschaften nicht zentralistisch zu entscheiden. Es besteht Freizügigkeit und den Leuten steht als Bürgerinnen und Bürgern die Wahl ihrer Lebensorte frei. Die Konzentration und Sammlung von Bevölkerungen kann top-down unterstützt werden, jedoch politisch anberaumte Umsiedlungen sind nicht legitim⁵. Rahmenentscheidungen und Förderprogramme der Regierungen (auf den Ebenen von Bund und Ländern) können bestimmte Entwicklungen wie z.B. Kontraktionen begünstigen. Ihre Interpretationen im lokalen Kontext kreieren allerdings singuläre und damit differente Verläufe, die mit den Förderzielen nicht ausreichend übereinstimmen. Es sind die zunehmenden Unterschiede zwischen lokalen Verlaufsformen, die erklärungs-würdig sind.

Der evolutionistischen Perspektive auf die mannigfaltigen Entscheidungen über die Stadt entsprechen die Vorstellungen von der geteilten Macht zur Gestaltung der Stadt.

„Macht entspricht der menschlichen Fähigkeit, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Über Macht verfügt niemals ein Einzelner; sie ist im Besitz einer Gruppe und bleibt nur so lange existent, als die Gruppe zusammenhält.“ (Arendt 2000: 45)

5 In ihrer Fallstudie zum Braunkohlentagebauvorhaben Garzweiler II befasst sich Katrin Hater (2000) mit einem Umsiedlungsvorhaben. Die Studie vermittelt Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu Problemlagen in schrumpfenden Städten und Siedlungen. Die Unterschiede beziehen sich auf die Kontextbedingungen der rechtlichen Regelungen und der Machtverteilungen in den Verhandlungssystemen. Die Gemeinsamkeiten beziehen sich auf die Möglichkeiten und Grenzen eines öffentlichen Diskurses und die Effekte des gesellschaftlichen Lernens.

In einem konstruktiven Begriff der Macht, der von einem repressiven Begriff, wie ihn Max Weber formulierte, deutlich verschieden ist, erfasst Hannah Arendt die Kompetenzen von Akteuren, ihren Gestaltungswillen mit ihrem gemeinsamen Gestaltungsvermögen zu verbinden. Deren Teilhaber verstehen sich als partizipative Akteure und Partizipation ermöglicht in demokratischen Gesellschaften eine Balance der Machtverteilungen. Lokale Verhandlungssysteme bringen die machtvolle Gruppe in echten oder natürlichen Situationen zusammen mit dem Ziel, ein Einvernehmen für die konkrete Situation herzustellen.

Die lokalen Verhandlungssysteme existieren als kommunikative Medien.

„Verhandeln ist (...) wechselseitige Kommunikation mit dem Ziel, eine Übereinkunft zu erreichen, wenn man mit der anderen Seite sowohl gemeinsame als auch gegensätzliche Interessen hat.“ (Fisher et al. 2002: 15)

Die formalen Verfassungen der lokalen Verhandlungssysteme variieren empirisch beispielsweise von einem Stadtteilforum über eine Arbeitsgemeinschaft als temporäre Kooperation, von einer Stadtwerkstatt bis zu einer GmbH⁶. Sie verhandeln über die Bewertung und Neubewertung der urbanen Qualitäten der Stadt. Es sind auf einer pragmatischen Ebene die Wohnungen, die Gebäude, die sozialen und die technischen Infrastrukturen, deren ökonomische, soziale und symbolische Werte abgewogen werden. Auf einer orientierenden Ebene verhandeln die Akteure über ihre Gesellschaftsbilder und Lebenschancen⁷.

3. Strukturen lokaler Verhandlungssysteme

Die aktuellen Berichte aus unterschiedlichen Perspektiven und das empirische Wissen über die aktuellen Stadtentwicklungen, geben Anlass, die lokalen Verhandlungssysteme als Policy-Netzwerke zu verstehen. Das ist einerseits modisch (und alle Probleme des Modischen werden unumgänglich) – andererseits können die verfügbaren Erklärungsleistungen aus der Netzwerk-Forschung zur Analyse der lokalen Verhandlungssysteme herangezogen werden.

-
- 6 Wie zum Beispiel die Stadtumbau GmbH in Chemnitz, eine „Rückbauorganisation“, die einige der großen Wohnungseigentümer in der Stadt Chemnitz gemeinsam gegründet haben. Ihre Gründungsidee wurde vorgestellt von R.-J. Fischer (2001), dem vormaligen Baubürgermeister der Stadt Chemnitz.
 - 7 Die Ergebnisse der Feldforschungen zur Stadtteilarbeit von Jürgen Schmitt (2004) belegen die Schichtungen von Bedeutungen in den Verhandlungen: es gibt die pragmatischen Dimensionen, die orientiert sind an den Gesellschaftsbildern der Akteure, die Vorstellungen von Gerechtigkeit und Verantwortung integrieren. In diesem Sinne avancierte eine Sequenz im O-Ton aus dem Feld zum Titel der Arbeit: Wer plant hier für wen ...?

Das Aufkommen von Policy-Netzwerken wird von Renate Mayntz (1996: 474) als ein Ausdruck „für die erhöhte Komplexität politischer Herrschaft und für zunehmende Konsensbedürfnisse in modernen demokratischen Gesellschaften“ angesehen. In Gesellschaften der großen Zahl an Mitgliedern ist es unerlässlich, dass formale Organisationen entstehen, die als korporative Akteure „große Quasi-Gruppen repräsentieren können“ (Mayntz 1996: 475), und die an einem Konsens interessiert sind. In modernen Gesellschaften indizieren Policy-Netzwerke einen qualitativ eigenen „Typus von Sozialstruktur“ (Mayntz 1996: 477). Weil sie nicht auf eine „zentralen Autorität“ festgelegt sind, können Policy-Netzwerke in funktional stark differenzierten Gesellschaften agieren, in denen der Staat und Regierungen überhaupt kooperativ und diskursiv in die Gesellschaft eingebettet sind.

Das Interesse am Konsens beruht auf der Einschätzung der Beteiligten, dass sie aufeinander verwiesen und voneinander abhängig sind. Das Interesse am Konsens ist der Gründungsanlass für lokale Verhandlungssysteme und ermöglicht Kooperationen. Die beteiligten Akteure verfügen über autonome Entscheidungen, jedoch ihre komplexen Ziele sind nur durch gemeinsames Handeln zu erreichen. Der Gewinn gemeinsamer Entscheidungen erscheint ihnen höher als der Gewinn autonomer Entscheidungen. Die Regulierung von Stadtentwicklungen ist als ein solches komplexes Ziel zu bezeichnen. Die Beobachtung, dass unterschiedliche Szenarien der Stadtentwicklungen denkbar und empirisch zu konstatieren sind, verweist auf unterschiedliche Entwicklungspfade und auf Gestaltungsspielräume, über die die Akteure verfügen können.

3.1. *Die Personnage des lokalen Verhandlungssystems*

Die Frage „Wer gehört dazu?“ ist theoretisch wie praktisch eine bedeutsame (vgl. auch den Beitrag von J. Boettner in diesem Band). Das Problemverständnis der Akteure umfasst eine Vorstellung von den Partnern bei der Lösung. Der Problemdruck und das resultierende Interesse am Konsens führen die Gruppe zusammen. Die Konstituierung eines Netzwerkes verläuft informell. Das lokale Verhandlungssystem tritt in das „Vorfeld“ der formal verfassten Kommunalpolitik als deren Ergänzung und Erweiterung.

Für die Wahrnehmung und Formulierung von Problemen und künftigen Themen gibt es im Prinzip keine formellen Strukturen im Rahmen von Institutionen⁸. Insofern können Probleme „immer und überall“ als Ausdruck individueller Erkenntnisleistungen auftauchen und von jedwedem Menschen festgestellt

8 Es gibt den Inspektor, die Revision, das Controlling etc. zur Institutionalisierung von kritischer Reflexion innerhalb der Organisation, generell ist Kritik nicht institutionell gebunden.

werden. Einigen von ihnen wird das Charisma zuerkannt, als Initiator von Netzwerken aufzutreten. Sie müssen in der Lage sein, die Probleme als die „richtigen Fragen“ an die potenziellen Partner zu adressieren. Diese Fragen müssen attraktiv und irritierend zugleich wirken auf die routinierten Wahrnehmungen und die eingeführten Praxen der Partner. Veränderte Wahrnehmungen und neue Interpretationen können die eingeführten Praxen verhandlungsgemäß verändern. In den Arrangements der Verhandlungssysteme liegen Möglichkeiten zum gesellschaftlichen Lernen, die von vielen der Beobachter hervorgehoben werden (Hater 2000; Baitsch, Müller 2001; Fischer 2001; Liebmann, Robischon 2003; Büttner et al. 2003). Ein modifiziertes Problemverständnis, eine andere Problematisierungsweise (Schwab-Trapp 2001: 244) gelten als wesentliche Effekte des Lernens. So bezieht sich die „Offenheit des Netzwerkes“ (Baitsch, Müller 2001: 215) einerseits auf die qualifizierte Problematisierung und andererseits auf die Personnage. Der Zusammenhang zwischen dem Problemverständnis der Akteure und ihrem Engagement im Verhandlungssystem wird als Betroffenheit bezeichnet. Im Verlaufe der Karriere von Verhandlungssystemen gibt es (bezogen auf die beobachteten Fallbeispiele in Hater 2000; Baitsch, Müller 2001) Fluktuationen, die von den Akteuren autonom entschieden werden. Einige bleiben weg, wenn sie sich als nicht mehr betroffen erkennen, andere kommen hinzu, wenn sie sich durch das modifizierte Problemverständnis involviert befinden. Die generelle Offenheit und die Öffentlichkeit der Verhandlungssysteme beeinflussen die Verbindlichkeit der erreichbaren Problemlösungen. Einige Lösungen werden unerreichtbar, wenn zu viele beteiligt sind, andere können nur verbindlich werden, weil sie in der Öffentlichkeit von vielen ausgehandelt wurden. Verhandlungssysteme entstehen mit diesem Dilemma zwischen Offenheit und Verbindlichkeit und agieren überhaupt in Dilemmata, die Ausdruck ihrer Genese zwischen Markt und Hierarchie – also ihrer hybriden Struktur – sind.⁹ Die Lösungen der strukturellen Dilemmata können je fallbezogen im ausgehandelten praktischen Konsens beobachtet werden. In einem theoretischen Kontext ist der Konsens Ausdruck der integrative Gegenbewegung zur funktionalen Differenzierung moderner Gesellschaften. Der Konsens als Einwilligung und Zustimmung der partizipierenden Akteure ermöglicht die reflexiven Selbstkorrekturen, die moderne Gesellschaften lebensfähig halten (Heller 1995). Der Konsens und seine Tragfähigkeit korreliert mit der Gestaltungsmacht, die in einem Verhandlungssystem liegt.

Damit rückt die Analyse der praktischen Verhandlungen, rücken die Fallbeispiele lokaler Verhandlungssysteme, an eine prominente Position. Sie gehören in die kontingenten Alltagswelten, deren systematische Erklärung *allein* nicht ausreichend ist (Heller 1990: 120ff.). In praxi geht die Einrichtung eines

9 Baitsch und Müller (2001: 105) verweisen auf sechs Netzwerkdilemmata, deren praktische Bewältigung zu den Aufgaben einer erfolgreichen Moderation gezählt wird.

Verhandlungssysteme auf einen oder mehrere Initiatoren zurück, die eine innovative Problematisierungsweise entwickelt haben und gleichzeitig eine Vorstellung davon, wer mit ihnen vom Problem betroffen und an einem Konsens interessiert sein könnte. In diesem Zusammenhang drückt Betroffenheit die kognitive Kompetenz der Akteure aus, ihre Involviertheit in die Problemlage zu analysieren¹⁰ und ihren potenziellen Beitrag zur Problemlösung (als ihre Ressourcen) in die Verhandlungen einzubringen. Es geht hier um ein aktivistisches Verständnis von Betroffenheit gerade im Kontrast zu einem eher fatalistischen, das die Auswirkungen von Entscheidungen auf bislang unbeteiligte Menschen thematisiert.

In diesem Sinne sind Betroffene die Akteure im Verhandlungssystem, die soziale Energie bündeln und Entscheidungen treffen. Auf die Frage: Wann ist das Verhandlungssystem vollständig besetzt? – gibt es eine normative, idealtypische Antwort (a) und eine empirisch gewonnene, die aus der Beobachtung funktionierender Systeme und ihrer Besetzungen (b) bezogen werden kann:

- a) Die Personnage umfasst alle¹¹ Akteure, die von der Problemlage betroffen sind und die mit ihren Entscheidungen und Ressourcen zu Problemlösungen beitragen können. Je offener und vager die Problemlage eingangs (in der Gründungsphase) formuliert ist, desto offener ist das Netzwerk auch in der Besetzung.
- b) Die Personnage wird nach dem Verständnis der Initiatoren des Verhandlungssystems gebildet. Deren Problemwahrnehmung markiert den Start (Einladung der TeilnehmerInnen, Tagesordnung und Themensetzungen ...) und wirkt weiter. Die Initiative umfasst meist/mitunter auch die Einsetzung von Regeln, die die Kultur der Verhandlungen prägen.

Den Netzwerken gehört eine begrenzte Zahl von Teilnehmern an (Mayntz 1996: 481). Die Begrenzungen werden empirisch häufig nach der Version b) der Besetzung konstruiert. Der Vergleich mit der Version a) kann u.U. eine Diskrepanz

10 Eine Charakterisierung der Verhandlungssysteme als Experten-Laien-Kommunikation hielte ich in diesem Zusammenhang nicht für zutreffend. Die Problemlagen entwickeln sich nicht in Kongruenz zu Berufsfeldern und die kognitiven Kompetenzen der Teilnehmer sind nicht per se auf eine professionelle Perspektive zurechenbar.

11 Es gibt ein etabliertes Verständnis in der Politik und der Wissenschaft darüber, wer „alle“ sind. Diese Vorstellungen binden sich an die durch Organisationen geprägten Strukturen moderner Gesellschaften (vgl. Baitsch, Müller 2001: 215). Die Interessen werden nicht in einer „amorphen Öffentlichkeit“ verhandelt, sondern von „korporativen Akteuren“ vertreten, die per Organisation über „eine eigene Machtbasis verfügen“ können (Mayntz 1996: 473), welche sie als Ressource in das Verhandlungssystem einbringen können. Die Herausforderung durch die Schrumpfungprozesse liegt m.E. darin, dass sich dieses etablierte Verständnis innovieren muss, damit neue oder weitere Akteure und die Verschiebungen in der Verteilung der Gestaltungsmacht wahrgenommen und einbezogen werden können.

aufzeigen, die analytischen Wert hat. Eine kritische Revision der Personage verweist auf nicht besetzte Rollen: Wer fehlt? Die Feststellung der unbesetzten Rollen kann zu Korrekturen der Besetzung führen.¹²

Mit dem Verweis auf Rollen im Verhandlungssystem wird auf ein normativ geprägtes Vorverständnis der Problemlage rekurriert, das es sowohl bei den Betroffenen und Teilnehmern wie bei den Beobachtern gibt, ohne dass es hier systematisch vorgestellt werden kann.

Die Initiative zum Betreiben eines lokalen Verhandlungssystems ist im Prinzip frei für alle Betroffenen. In praxi geht sie auf charismatische Akteure zurück. Mit Bezug auf das Thema der schrumpfenden Städte wird sie gemeinhin von den Experten der Planung erwartet. Sie sind aufgefordert, „neue Methoden der Zusammenführung der öffentlichen Belange und der betroffenen wirtschaftlichen Interessen sowie der Investitionspotentiale der Marktteilnehmer“¹³ zu praktizieren. Der Staat, genauer die Fachministerien auf der Bundes- und der Länderebene, binden diese Erwartungen in die Förderungsbedingungen der aktuellen Stadtentwicklungsprogramme ein. Die Planwerke zur integrierten Stadtentwicklungsplanung dokumentieren die Übernahme dieser Erwartungen in die kommunale Planung und die kommunalen Politiken. Deren öffentliche Erörterungen führten vielerorts¹⁴ in die temporären Kooperationen lokaler Verhandlungssysteme.

Die Besetzung besteht in vielen der Fälle aus:

- Vertretern der planenden Verwaltung,
- Eigentümern der Gebäude und Wohnungen,
- Betreibern der Infrastrukturen,
- Vertretern der Mieter, der Kunden, der Nutzer der Infrastrukturen, kurz: der Stadt(teil)bewohner und ihrer Organisationen (Bürgerinitiativen, Beiräte ...).

Die Frage nach der Vollständigkeit der Personage zeigt, dass nicht alle Eigentümer der Gebäude und Wohnungen teilnehmen. Unterrepräsentiert sind die pri-

12 Vgl. auch den Beitrag von J. Boettner in diesem Band, der auf die Kosten-Nutzen-Erwägungen hinweist, die in Netzwerken angestellt werden müssen. Mitunter fehlt gerade der Akteur, für dessen Berücksichtigung seiner legitimen Interessen dem Verhandlungssystem hohe Kosten entstünden.

13 So weist die bereits zitierte ‚Leerstandskommission‘ den Kommunen eine „wachsende Verantwortung“ zu, indem sie das „Management der Schrumpfung“ (Kommission Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel 2000: 10) übernehmen sollen.

14 In dieser Weise ähnlich lassen sich die Entstehungszusammenhänge für die Fälle in Ostdeutschland beschreiben, die in diesem Band dargestellt werden für Weißwasser (Kabisch) und Berlin (Cremer). Umso interessanter ist der Vergleich mit dem Fall Essen (Stein) und Salzgitter (Farke).

vaten Eigentümer vor allem gründerzeitlicher Mietwohnhausbestände. Die Banken nehmen vermittelten Einfluss als die Kreditgeber der Wohnungseigentümer, mit denen sie separate Verhandlungen führen. Als Akteure in lokalen Verhandlungssystemen sind ihre Vertreter bislang nicht/selten beteiligt.

3.2. Die Regeln des Verfahrens

Die Regeln, die in einem Verhandlungssystem gelten, dienen dem Konsens. Der Konsens setzt den Dissens voraus. Im Dissens zeichnen sich die Konflikte zwischen politischen Akteuren ab.

„Diese Konflikte werden nicht in einem unstrukturierten und voraussetzungslosen Raum ausgetragen. Sie finden in mehr oder weniger öffentlichen Arenen statt, die den Akteuren dieser Konflikte spezifische Rollen zuweisen, ihre Zugangschancen zum Diskurs und ihre diskursiven Möglichkeiten vorstrukturieren.“ (Schwab-Trapp 2001: 268)

Die Konflikte entstehen mit den Risiken der Akteure, unverhältnismäßig mit den Kosten der Schrumpfung belastet zu werden. Verhandelt werden muss über die *Auswahl der attraktiven Standorte* und die *Verteilung der Verluste* auf soziale Gruppen und auf städtische Räume. Die Konkurrenz um die attraktiven Standorte wird ausgetragen, indem andere Standorte abgewertet und damit unattraktiv und überflüssig gemacht werden. Die attraktiven Standorte bzw. deren Eigentümer konkurrieren um potenzielle Nutzerinnen und Nutzer. Diese anstehenden Transaktionen der Neubewertung sind allein über die Medien von Markt und Hierarchie nicht zu leisten. Das Verharren der Akteure in Routinen¹⁵, die dem Problem bereits nicht mehr angemessen sind, verweist auf deren Dysfunktionalität in der außergewöhnlichen Situation einer schrumpfenden Gesellschaft. Netzwerke können über weitere Transaktionen verfügen, indem sie nicht-marktförmige Tauschakte organisieren, die einen Interessenausgleich unter den Akteuren leisten. So entsteht ein Interesse der Akteure in schrumpfenden Städten (und Siedlungen) an diesem Organisationstyp.

Zudem sind Netzwerke in der Lage, absichtsvoll ein gemeinsames Ergebnis zu erreichen.

15 R.-J. Fischer führt dafür die Fortsetzung der Sanierungen im Wohnungsbestand in den späten 90er Jahren an, die im Kontext der Schrumpfung „eigentlich“ schon obsolet waren (Fischer 2001: 54).

„Während Tausch und strategische Interaktion durch ein Kalkül aus individuellem Interesse geleitet werden und das Ergebnis der Interaktion aus derselben ‚egoistischen‘ Perspektive evaluiert wird, zielen Verhandlungen typischerweise auf ein gemeinsames Ergebnis ab.“

Hierin liegt die Logik von Verhandlungssystemen¹⁶ in Unterscheidung zum reinen Interessenvergleich (Mayntz 1996: 480ff.). Der Konsens, der angestrebt und erreicht werden kann, liegt auf diesen beiden Ebenen. Die Effekte der Regulierung von Entwicklungen in schrumpfenden Städten wären ein gemeinsames Ergebnis.

Eine Verhandlungsführung kann den Konsens unterstützen und die Verhandlung als öffentliche Kommunikation der partizipierenden Akteure organisieren. Als immanentes Prinzip liegt eine Verhandlungsführung dem strategischen Verhalten eines jeden rationalen Akteurs per se zugrunde. Sie kann darüber hinaus institutionalisiert werden, sobald jemand einen Support organisiert. Diese Leistung kann von den Akteuren selbst oder durch eine professionelle und „externe“ Moderation erbracht werden. Jedenfalls wird sie den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen beeinflussen. In der Praxis der Verhandlungssysteme gehen die Aufgaben der Moderation über den reinen Support hinaus. Die Moderatoren übernehmen „Anwaltsfunktion“ für das gemeinsame Ziel und Ergebnis. „Das Neutralitätsdogma der klassischen Moderation kann dabei nur in engen Grenzen noch realisiert werden“ (Baitsch, Müller 2001: V). Die Moderation in Verhandlungssystemen weicht von der „klassischen Moderation“ ab, wie sie sich in den Kontexten der Gruppenarbeit und ihrer Didaktik entwickelt hat. Das Arrangement ist durch Asymmetrien der Macht gekennzeichnet, die im Verlaufe der Verhandlung nicht nivelliert werden können und sollen. Die Arrangements von Verhandlungen und Schlichtungen generieren Rollen, die Analogien zu denen von Anwälten, Diplomaten und Parlamentären zeigen. Sie werden bislang bezeichnet z.B. als Moderatoren, als Initiator (Baitsch, Müller 2001) als Betreuer oder als Kümmerer (Ebert 2003: 233f.). „Moderationsprozesse (...) sind wünschenswert. Sie dürften allerdings vorerst nur mühsam durch Externe zu organisieren sein.“ Sie bestehen im „Austarieren der erforderlichen institutionellen Formen“ und verlangen entsprechende Qualitäten von den Akteuren, die sie übernehmen. (Bürkner 2003: 157).

16 Bei der Planung und Entwicklung von Städten (und Siedlungen) ist dieses gemeinsame Ergebnis von „öffentlichem Belang“ (BMVBW, Leerstandskommission 2000). Lokale Verhandlungssysteme müssen beide Aufgaben verfolgen, den Interessenausgleich und die Gestaltung der Stadtentwicklung. Die Integrierten Stadtentwicklungsprogramme (InStep) als aktuelle Planwerke zu Beginn der 10er Jahre formulieren die Gestaltungsabsichten eines wesentlichen Akteurs – der kommunalen Planung – und präsentieren sie in den öffentlichen Arenen. Damit geben sie vielerorts den Gründungsanlass für lokale Verhandlungssysteme.

Die Regeln der lokalen Verhandlungssysteme, die den Konsens nach innen fördern können, sind selbst Verhandlungssache. Sie liegen nicht auf der Hand, gleichwohl „ein Mindestmaß an Verlässlichkeit/Kalkulierbarkeit und Transparenz“ (Fürst 2003: 445) von vornherein nötig ist. Fallanalysen sind geeignet, um dem Verständnis der Akteure zur Regulierung ihrer Verhandlungen nahe zu kommen. Sie werden von ihren Autoren regional- und politikwissenschaftlich, milieutheoretisch und diskursanalytisch angelegt. Die Möglichkeiten der Diskursanalyse sind geeignet, die subjektorientierten Binnenperspektiven im Verhandlungssystem zu rekonstruieren und die Entstehung und Sanktionierung von Verbindlichkeiten und Regeln zu erfassen.

„Organisierendes Prinzip (...) von Diskursen sind die Problematisierungsweisen und damit die Regeln, nach denen soziale Wirklichkeit objektiv, begrifflich und strategisch gebildet wird“ (Schwab-Trapp 2001: 244f.).

Diskurse produzieren „verbindliche Deutungen für soziale und politische Ereigniszusammenhänge“ (ebd.: 261), die gerade in einem schnellen kulturellen Wandel unter den Bedingungen von Schrumpfung und Regression Sicherheit für das Handeln der Akteure schaffen können und darum der Überprüfung und Erneuerung bedürfen.

3.3. *Die räumlichen Wirkungen: Muster des Schrumpfens*

Die räumlichen Muster des Schrumpfens werden von der Reichweite oder anders der Begrenzung der lokalen Verhandlungssysteme beeinflusst. Die Begrenzungen beziehen sich auf die Personage, auf das anstehende Problem und das Engagement der Akteure. Denen entspricht die Reichweite der Regulierungen. Es entstehen, das zeigen die empirischen Erfahrungen, „Inseln des Konsenses“, die zivilgesellschaftlich zusammen gehalten werden von den sozialen Energien ihrer Bewohner – also von den lokalen Gesellschaften. In diesem Sinne sprach Georg Simmel davon, dass der Raum durch die „Tätigkeit der Seele“ entstehe und Grenzen soziologische Tatsachen seien.¹⁷ Die immaterielle, die kulturelle Dimension des Raumes wird diskursiv gehalten. Der solchermaßen vereinbarte Konsens nach innen stärkt die Wettbewerbsorientierung nach außen, wenn es um

17 In seiner „Soziologie des Raumes“ von 1903 stellte Georg Simmel die physische Organisation des geographischen Raumes als eine Voraussetzung der sozialen (der psychischen, der kognitiven, der politischen) Organisation des Raumes dar. Er folgt dem überaus modern wirkenden Konstruktivismus Immanuel Kants, der es nahe legt, den sozialen Konstruktionen die angemessene politische Bedeutung zu verschaffen – ganz im Sinne des hier behandelten Themas.

Konkurrenz geht. Diese Einschätzung trifft auf die räumlichen Effekte der Regional Governance (Fürst 2003: 447) wie der lokalen Verhandlungssysteme zu, auch wenn der Maßstab bzw. die Aggregatebene unterschiedlich sind. In schrumpfenden Städten wächst die Konkurrenz der Stadtteile untereinander. Vorteile im Ranking der Standorte gewinnen die, die schnell das Interesse der potenziellen Nutzer¹⁸ an den Stadtteil binden können. Reguliert werden „kleine Welten“, zwischen denen die sozialen und substanzialen Unterschiede zunehmen. Die Allokation dieser Welten hängt deutlich vom Engagement der Akteure ab und weniger von der Lage der Stadtteile im Gefüge der Gesamtstadt oder von der Effizienz der Infrastrukturen¹⁹. Mit den integrierten Stadtentwicklungsprogrammen haben die Planer eine gesamtstädtische Perspektive vorgeschlagen, die in großen Städten allerdings auf Stadtteilebene verhandelt²⁰ wird. Die sozial-räumliche Organisation von Nachbarschaften in alltagsweltlichen Zusammenhängen entspricht zumeist der Stadtteilebene. Diese Anordnung der öffentlichen Kommunikation scheint jedoch in einem zu geringen Maße geeignet, auf das gemeinsame Ergebnis, eine städtische Urbanität der gesamten Stadt, hinzuführen. Kleinräumige Disparitäten wachsen und bilden sich in der Konfiguration der Stadt ab. Der gesamtstädtische Zusammenhang wird loser, die ungenutzten Räume, die abgeräumten Flächen und die Zwischenräume mit ihren Zwischennutzungen werden sich nach aller Voraussicht verstetigen.

-
- 18 Andreas Lauer beschreibt in seinem unveröffentlichten Beitrag über die Möglichkeiten und juristischen Grenzen des grenzüberschreitenden Wohnens in Görlitz/Zgorzelec auf der Fachtagung: Wohnungsmärkte in Grenzräumen vom 13. bis 15. Mai 2004 in Görlitz die Konkurrenz zwischen den Neubaugebieten der Stadt Görlitz und den altstädtischen und gründerzeitlichen Stadtteilen, die von den potenziellen Mietern entschieden wird. Er setzt die hohen Leerstände in der sanierten Altstadt ins Verhältnis zu den zögerlichen Abrissen in den Neubaugebieten. Ambivalente Entscheidungen zwischen Auf- und Abwertung der Neubaugebiete rechnet er den Eigentümern zu, die damit die ansässigen und potenziellen Mieter irritieren. In Chemnitz beteiligen sich Bürgerinitiativen in verschiedenen Stadtteilen (z.B. am Brühl, im Hutholz oder auf dem Sonnenberg) an der Aufwertung ihrer Lebenswelten, um das Brachfallen und Leerlaufen abzuwenden. Sie werben gleichfalls in einer Konkurrenz um Mitbewohner aus anderen Stadtteilen.
- 19 Viele der Betreiber „heilen“ die Konsequenzen dieser Entwicklungen bislang, indem sie die Infrastrukturen in der Fläche unterhalten und anpassen. Dagegen kurbelten die Beiträge der Geschäftsführer der Zwickauer Energieversorgung ZEV die lokale Diskussion an, indem sie die unterschiedlichen Kosten für unterschiedliche Varianten des Abrisses im Stadtteil Eckersbach thematisierten. Die Kosten wirken sich für alle Gebührenzahler in Zwickau gleichermaßen aus, so dass ein breites Interesse der Beteiligten am Problem aktiviert wurde, berichtete die Freie Presse vom 22. Mai 2002.
- 20 In kleinen Städten wie zum Beispiel in Gröditz konnte diese Perspektive in einem einzigen lokalen Verhandlungssystem thematisiert werden. Das Engagement der relevanten Akteure liegt hier offenbar in der Reichweite der gesamten Stadt. So wurde die Stadt Gröditz mit ihren Gestaltungen eine der Siegerinnen im Bundeswettbewerb Stadtbau Ost 2002.

„Städtebau ist (...) zu einem großen Teil Kommunikation“ (Sieverts 2001: 103). Diese resümierende Einschätzung eines professionellen Planers betont die Chancen und verweist auf den Stil von Kommunikationen, der Möglichkeiten der Regulierung offeriert. Derzeit scheint es noch, als ob der pure Interessenausgleich naheliegender sei als ein weitergehendes gemeinsames Ergebnis, das in der Gestaltung regressiver Entwicklungen der Stadt im Ganzen läge. Die Beteiligten fragen sich, sobald sie über die Bilanzierung von Verlusten hinaus denken: Was könnte wünschenswert sein an Regression und Schrumpfung? Das ist die Frage nach dem gemeinsamen Output von Verhandlungen, wie es in konkurrenzbestimmten Auseinandersetzungen gerade nicht zu bekommen ist. Leitbilder des urbanen Lebens in reflexiven modernen Gesellschaften werden zivilgesellschaftlich legitimiert. Sie werden nicht mehr autokratisch generiert – gleichgültig, ob es sich bei den autokratischen Akteuren um politische Aktivisten (z.B. die Sowjetmacht mit ihren totalitären Visionen vom Neuen Leben) oder um professionelle Eliten handelt. Lokale Verhandlungssysteme als Policy-Netzwerke sind intermediäre Foren, die Schrumpfung auf den Mesoebenen verschiedenster Vermittlungen und Aggregate thematisieren und regulieren können, wenn ...

Dieses Wenn führt die Aufmerksamkeit wieder auf die Personage, die Strukturen und die Regeln zurück, auf die Organisation und die Einbettungen der lokalen Verhandlungssysteme, von denen man als Leserin und Leser gerne mehr wissen wollte.

Literatur

- Arendt, Hannah (2000): Macht und Gewalt. München, Zürich: Piper.
- Baitsch, Christof; Müller, Bernhard (Hg.) (2001): Moderation in regionalen Netzwerken. München und Mering: Rainer Hampp Verlag.
- Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVWBW) (2000): Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern. (<http://www.bmvbw.de/Anlage1724/Kurzfassung-des-Berichts.pdf> [07.09.2004]).
- Bürkner, Hans-Joachim (2003): Die Rolle kreativer Milieus für die Stadtentwicklung in Ostdeutschland. In: Liebmann, Heike; Robischon Tobias (Hg.): Städtische Kreativität. Potenzial für den Stadtumbau. Erkner, Darmstadt, S. 219-227.
- Büttner, Kerstin; Lange, Bastian; Matthiesen, Ulf (2003). In: Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.): Städtische Kreativität. Potenzial für den Stadtumbau. Erkner, Darmstadt, S. 161-183.
- Dangschat, Jens; Blasius, Jörg (Hg.) (1994): Lebensstile in Städten. Konzepte und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Ebert, Ralf (2003): Kreatives Handeln in Städten ist Arbeit, Arbeit, Arbeit. Wie kreatives Handeln in der Stadtentwicklung praktisch organisiert werden kann. In: Liebmann,

- Heike; Robischon, Tobias (Hg.): Städtische Kreativität. Potenzial für den Stadtbau. Erkner, Darmstadt, S. 219-227.
- Fischer, Rolf-Joachim (2001): Chemnitz. Gründerzeit und Plattenbaugesamt. Idee einer Abrissgesellschaft. In: Bauwelt, H. 24, S. 52-56.
- Fisher, Roger; Ury, William; Patton, Bruce (2002): Das Harvard-Konzept. Sachgerecht verhandeln – erfolgreich verhandeln. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Fürst, Dietrich (2003): Steuerung auf regionaler Ebene versus Regional Governance. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8/9, S. 441-450.
- Hannemann, Christine (2000): Zukunftschance Schrumpfung – Stadtentwicklung in Ostdeutschland – eine Skizze. In: Hager, Fritjof; Schenkel, Werner (Hg.): Schrumpfung. Chancen für ein anderes Wachstum. Berlin et al.: Springer, S. 99-105.
- Hannemann, Christine; Kabisch, Sigrun; Weiske, Christine (Hg.) (2002): Neue Länder – Neue Sitten? Transformationsprozesse in Städten und Regionen Ostdeutschlands. Berlin: Schelzky & Jeep.
- Hater, Katrin (2000): Gesellschaftliches Lernen im politischen Diskurs. Eine Fallstudie zum Diskurs über das Braunkohlentagebauvorhaben Garzweiler II. Opladen: Leske + Budrich.
- Heller, Agnes (1995): Ist die Moderne lebensfähig? Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Heller, Agnes (1995): Kann man das Alltagsleben gefährden? In: dies.: Ist die Moderne lebensfähig? Frankfurt/Main, New York: Campus, S. 39-60.
- Heller, Agnes (2001): Die ethischen Alternativen der Moderne. In: Meier, Heinrich (Hg.): Zur Diagnose der Moderne. München, Zürich: R. Piper, S. 99-124.
- Keller, Reiner; Hirsland, Andreas; Viehöfer, Willy (Hg.) (2001): Handbuch Sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich.
- Liebmann, Heike; Robischon, Tobias (Hg.) (2003): Städtische Kreativität. Potenzial für den Stadtbau. Erkner, Darmstadt.
- Lütke Daldrup, Engelbert; Doehler-Behzadi, Marta (Hg.) (2004): Plusminus Leipzig. Stadt in Transformation. Wuppertal: Verlag Müller + Busmann.
- Mayntz, Renate (1996): Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Kenis, Patrick (Hg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Wien: Campus, S. 471-496.
- Meier, Heinrich (Hg.) (2001): Zur Diagnose der Moderne. München, Zürich: R. Piper.
- Schmitt, Jürgen (2004): „Wer plant hier für wen ...?“ Feldforschung in der Interaktionsgemeinschaft eines ostdeutschen Prozesses der Stadtteilarbeit. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Keller, Reiner et al.: Handbuch Sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Opladen: Leske + Budrich, S. 261-283.
- Sieverts, Thomas (2001): Fünfzig Jahre Städtebau. Reflexion und Praxis. Stuttgart, Leipzig: Hohenheim Verlag.
- Simmel, Georg (1983): Soziologie des Raumes. In: Schriften zur Soziologie. Eine Auswahl. Hrsg. und eingeleitet von Heinz-Jürgen Dahme und Otthein Rammstedt. Frankfurt am Main: Suhrkamp Taschenbuch Verlag, S. 221-242.

- Steinführer, Annett (2004): Wohnstandortentscheidungen und städtische Transformation. Vergleichende Fallstudien in Ostdeutschland und Tschechien. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tietzsch, Rainer (1996): Stadtsanierung ohne Verdrängung? Der Schutz der Gebietsbevölkerung im Sanierungsgebiet. Berlin: Berlin Verlag.
- Volz, Jens; Doehler-Behzadi, Marta; Grzesiak, Michael (2004): Lebenswelten. In: Lütke Daldrup, Engelbert; Doehler-Behzadi, Marta (Hg.): Plusminus Leipzig. Stadt in Transformation. Wuppertal: Verlag Müller + Busmann, S. 49-64.
- Weiske, Christine; Schmitt, Jürgen (2000): Metamorphosen der Stadt: Cities on the Move. Thesen zur Diskussion um das städtische Wachstum. In: RaumPlanung 91, S. 161-163.